



Welche zukünftige Rolle für den Staat?

In persönlichen Antworten umreißen Peter Bofinger, Erhard Eppler, Andrew Gamble, Anatol Lieven, David Marquand, Thomas Meyer, Donald Sassoon, Gesine Schwan, Wolfgang Thierse und Polly Toynbee wichtige Themen und Perspektiven des notwendigen Wandels.

■ Die Bewahrung des Finanzmarktes vor dem Kollaps, die Milderung der Effekte der globalen Rezession und die Neugestaltung des internationalen Finanzsystems: Am Ende der Laissez-faire-Politik stellt sich angesichts dieser Herausforderungen die dringliche Frage nach einer stärkeren Rolle des Staates.

■ Die vom Neoliberalismus propagierten Selbststeuerungsinstrumente des Marktes haben versagt. Doch was ist Aufgabe des Staates jenseits des reinen Krisenmanagements, was die des Marktes – insbesondere im Hinblick auf die Sicherstellung sozialer und wirtschaftlicher Stabilität? Wo wird zukünftig die Grenze zwischen privat und öffentlich verlaufen?

■ Es gilt, die Fundamente und Bausteine eines neuen Denkens mit tragfähigen Lösungen zu verbinden: Für die Formulierung einer nachhaltigen und sozial gerechten Politik, und die Schaffung von Spielregeln für einen der Gesellschaft verantwortlichen Markt.

FEBRUAR 2009

Inhalt

Peter Bofinger	3
Erhard Eppler	4
Andrew Gamble	5
Anatol Lieven	6
David Marquand	7
Thomas Meyer	8
Donald Sassoon	9
Gesine Schwan	10
Wolfgang Thierse	11
Polly Toynbee	12

In Zusammenarbeit mit dem Global Policy Institute der London Metropolitan University hat das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in London im Rahmen seines aktuellen Arbeitsschwerpunktes »Die Rolle des Staates im 21. Jahrhundert« eine Serie von Artikeln angeregt. Einige der Kommentare sind bereits auf den Internetseiten der britischen Tageszeitung *The Guardian* und der deutschen Wochenzeitung *DIE ZEIT* erschienen.

Peter Bofinger

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften Ende der achtziger Jahre ist der Staat auch im Westen zunehmend in die Defensive geraten. Der Markt wurde immer mehr zu einer Heilslehre, deren Credo darin bestand, dass der Staat als Antagonist des Marktes möglichst klein gehalten werden sollte. Im Zentrum der wirtschaftspolitischen Agenda stand deshalb weltweit das Bestreben, die Steuern und die Staatsausgaben zu senken, soziale Sicherungsmechanismen zu reduzieren und staatliche Regulierungen weitestgehend abzubauen. Auf diese Weise sollte ein möglichst großer Entfaltungsspielraum für die erhofften positiven Effekte der Marktkräfte geschaffen werden.

Die Finanzmarktkrise hat dieses Paradigma massiv in Frage gestellt. Banken, Hedgefonds und Versicherungen haben in diesem Jahrzehnt alles getan, sich von den Fesseln staatlicher Regulierungen zu entledigen. Die Staaten haben diesen Prozess durch Deregulierungen unterstützt und sich weitgehend darauf verlassen, dass private Rating-Agenturen die eigentlich staatliche Aufgabe der Bankenaufsicht angemessen wahrnehmen würden. Das Resultat dieser von vielen renommierten Ökonomen begrüßten Entwicklungen war ein selbstzerstörerischer Prozess, der nur dadurch gestoppt werden konnte, dass der Staat bereit war, das Finanzsystem mit Liquidität und frischem Kapital zu versorgen.

Daraus folgt als zentrale Lehre für die zukünftige Rolle des Staates: Markt und Staat sind keine Gegner. Die Marktkräfte benötigen vielmehr ein starkes Gegengewicht durch einen leistungsfähigen Staat. Der Markt ist ein System, das oft sehr kurzfristig orientiert ist, und deshalb für sich genommen keine nachhaltigen Entwicklungen gewährleistet. Das gilt für die Finanzmärkte ebenso wie für die Güter- und Arbeitsmärkte.

Die zukünftige Rolle des Staates muss darin bestehen, die Marktprozesse so zu gestalten, dass sie zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung führen. Konkret muss dafür gesorgt werden, dass die Finanzmärkte transparenter werden und über bessere Risikopuffer verfügen. Die noch wichtigere Aufgabe besteht jedoch darin, dass die mit der Globalisierung entstehenden Wohlstandsgewinne in Zukunft auch wieder bei der Breite der Arbeitnehmer ankommen. Dies kann vor allem durch allgemeine Mindestlöhne und durch die Allgemeinverbindlichkeit von Tariftlöhnen erreicht werden. Im Niedriglohnbereich bedarf es für Beschäftigte mit Kindern zudem einer negativen Einkommensteuer. Der Staat muss außerdem über hohe Bildungsinvestitionen und wirksame Erbschafts-

steuer dafür sorgen, dass die Chancengleichheit in der Gesellschaft gewahrt bleibt.

Damit der Staat diese Rolle wahrnehmen kann, muss die Gesellschaft ihm die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen. Anders als von manchen Globalisierungskritikern befürchtet, ist es den meisten Staaten in den beiden letzten Jahrzehnten gelungen, ihre Steuereinnahmen im Gleichschritt mit der Wirtschaftsentwicklung zu erhöhen. Es ist also nicht zu einem »race-to-the-bottom« gekommen. Vielmehr beweisen die skandinavischen Länder, dass auch Volkswirtschaften mit einer sehr hohen Abgabenquote von über fünfzig Prozent international wettbewerbsfähig sein können. Entscheidend ist dabei – ähnlich wie bei einem guten Hotel – dass das Preis-Leistungsverhältnis stimmt, dass hohe Abgaben also mit einer guten Infrastruktur, einem leistungsfähigen Bildungssystem, innerer Sicherheit und einem anspruchsvollen Kulturangebot einhergehen.

Der Staat der Zukunft muss also ein gestaltender Staat sein. Er darf sich nicht passiv den Kräften des Marktes ergeben, er muss vielmehr diese Kräfte aktiv so kanalisieren, dass sie nachhaltig positive Effekte entfalten und damit möglichst vielen Menschen zugute kommen. Dies ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass wir nach der Finanzmarktkrise nicht auch noch eine Globalisierungskrise erleben. Freie Märkte haben politisch nur dann eine Zukunft, wenn die Mehrzahl der Wähler wieder das Gefühl bekommt, dass sich der Wohlstand in der Breite erhöht.

Peter Bofinger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (die »fünf Wirtschaftsweisen«).

Erhard Eppler

Der Staat muss im 21. Jahrhundert zuerst einmal seine Kernaufgaben erledigen, die ihn zum Staat machen. Er muss sein – dem Recht unterworfenen – Gewaltmonopol erhalten, durchsetzen oder wiederherstellen. Er muss den Trend zur Privatisierung, Entstaatlichung und Kommerzialisierung der Gewalt stoppen. Kriege zwischen Staaten werden seltener, Eindämmung und Überwindung entstaatlichter Gewalt wichtiger und mühsamer. Der Staat muss verhindern, dass Sicherheit vor Verbrechen zu einer von vielen Waren wird, die einige sich leisten können und viele nicht. Was direkt oder indirekt mit dem staatlichen Gewaltmonopol zusammenhängt, darf nicht privatisiert werden. Das gilt für Polizei, Militär, aber auch Gefängnisse und alle Institutionen des Rechtswesens.

Der Staat muss – nach demokratischen Regeln – Recht setzen und durchsetzen. Das kann er nur, wenn sein Gewaltmonopol unangefochten bleibt.

Der Staat ist dafür verantwortlich, dass alle ihre Bildungschance bekommen. Bildung ist keine Ware am Markt, sondern ein Menschenrecht, dem zu dienen der Staat verpflichtet ist. Im 21. Jahrhundert müssen Bildungschancen für jedes Alter angeboten werden.

Der Staat hat nicht zu dekretieren, was Kultur ist. Aber er hat die Bedingungen zu schaffen für Kultur, auch solche, die sich am Markt nicht halten könnte (Oper, Symphonieorchester etc.).

Der Staat ist für Wahrheit nicht zuständig, wohl aber für die Bedingungen der Wahrheitsfindung (z.B. Lehrstühle für Wissenschaften, die aus Sicht der Wirtschaft überflüssig sind).

Der Staat hat den Märkten Rahmen zu setzen. Einen Rechtsrahmen, der festlegt, was im Streben nach Rendite und im Wettbewerb erlaubt ist und was nicht.

Einen ökologischen Rahmen, der Produzenten und Konsumenten dazu motiviert, drängt oder notfalls zwingt, sich ökologisch vernünftig zu verhalten. Der Staat ist verantwortlich für die Vermeidung einer Klimakatastrophe, die, ließe man die Marktgesetze walten, nicht zu verhindern wäre.

Ein sozialer Rahmen muss erreichen, dass die Kluft zwischen arm und reich sich nicht mehr vertieft, sondern langsam zugeschüttet wird. Daher hat der Staat auch eine Umverteilungsfunktion. Die progressive Einkommensteuer ist dafür ein bewahrtes Instrument. Daran ist festzuhalten.

Zum sozialen Rahmen gehört das Arbeitsrecht, vor allem aber Gesetze zur Sicherung aller Bürgerinnen und Bürger gegen die Risiken von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Alter und Pflege-

bedürftigkeit. Wo immer die Menschenwürde verletzt wird, ist der Staat gefordert (Artikel 1 GG).

Der Staat muss seinen Bürgerinnen und Bürgern nicht nur Freiheit lassen, indem er sich nicht einmischt, wo er nichts zu suchen hat. Er muss Freiheit garantieren, einklagbar machen und notfalls gegen nicht-staatliche, meist ökonomische Macht durchsetzen.

Pressefreiheit verlangt im 21. Jahrhundert nicht nur, dass keine staatliche Behörde sich Zensur anmaßt. Sie verlangt auch Schutz vor Investoren, die – ohne Erfahrung im Journalismus – Verlage aufkaufen, einzig, um die Rendite zu erhöhen. Wahrscheinlich geht dies nicht ohne gesetzliche Regelung.

Wenn im 21. Jahrhundert vom Staat die Rede ist, kann nicht nur der Nationalstaat gemeint sein. Für staatliches Handeln sind auch Städte und Gemeinden, regionale Einheiten (Länder, Counties, Departements etc.) zuständig, aber auch die Europäische Union, manchmal sogar die UNO.

In einem Jahrhundert, in dem das Kapital global handelt, investiert – oder nicht investiert – kann nationalstaatliche Rahmensetzung unwirksam werden. Was den Nationalstaaten verloren geht, muss von der Europäischen Union, in einigen Fällen auch durch die UNO übernommen werden. Daher werden die supranationalen Ebenen der Staatlichkeit an Bedeutung gewinnen.

Das ändert nichts daran, dass der demokratische Rechts- und Sozialstaat die einzige Methode bleibt, jegliche Gewalt, auch die eigene, dem Recht zu unterwerfen. Daher ist er eine Errungenschaft, die es zu verteidigen gilt.

Andrew Gamble

In seiner Rede zum Wahlsieg stellte Barack Obama die drei Hauptthemen heraus, denen er sich als Präsident gegenüber sehen wird – die globale Finanzkrise, zwei fortdauernde Kriege und der Klimawandel. Die größte Herausforderung für ihn und die gesamte progressive Linke liegt jedoch darin, in einer zunehmend globalisierten Welt dem Staat zu mehr Effektivität zu verhelfen.

Auf nationaler Ebene wird die Regierungsmacht auf der Grundlage von Regeln und Prinzipien ausgeübt, die für alle Akteure gleichermaßen bindend sind und durch die Trennung bzw. Aufteilung der Staatsgewalt in Bereiche eine ungehemmte Machtausübung verhindern. Eine solche konstitutionelle Staatsform liefert den Rahmen, innerhalb dessen die Regierung sowohl verantwortlich als auch repräsentativ agieren kann, indem sie Konflikte schlichtet, Rechte schützt, die Mitbestimmung fördert und die Sicherheit der Bürger gewährleistet. Die große Herausforderung besteht heute in der Frage, auf welche Weise diese Prinzipien in einer globalen politischen Ordnung zu verankern sind, um auch in diesem Rahmen einen für stabile Demokratien typischen, öffentlichen Raum zu schaffen, in dem sich politische Strategien diskutieren, Interessen ausgleichen und Entscheidungen bewerten lassen. Diese Aufgabe fällt allerdings in eine Zeit, in der die einzelstaatlichen Demokratien enormen Belastungen ausgesetzt sind und bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gehen müssen, um sich als repräsentative, verantwortliche Staatsformen zu beweisen, in denen die Mitbestimmung aller gewährleistet ist.

Zudem besteht zwischen der nationalen und der globalen Ebene ein entscheidender Unterschied: Nationale Verfassungen weisen üblicherweise die Tendenz auf, die politische Macht zu regulieren, und die konstitutionelle Staatsform steht per definitionem für die Einschränkung der Regierungsmacht. Auf transnationaler Ebene jedoch geht es weniger um die Beschränkung der Regierungsmacht als um den Aufbau von Regierungskapazitäten und die Schaffung von Regulierungsmechanismen für jene Kräfte, die derzeit noch in der Lage sind, ohne jegliche Überwachung oder Rechenschaftspflichten Macht auszuüben. Die Frage hierbei ist nicht nur, ob die bestehenden Institutionen und Mechanismen zur Begrenzung nationaler Regierungsmacht noch adäquat sind, sondern auch, ob nationale Regierungen die notwendigen Kapazitäten besitzen, um die Erwartungen ihrer Bürger zu erfüllen, ob die Bürger selbst über Möglichkeiten zur Mitbestimmung an politischen Entscheidungen verfügen und wie diese Mechanismen geregelt sind. Die Beantwortung der beiden letzten Fragen weist in

die Richtung neuer, transnationaler Regierungsformen.

Erreicht werden kann dies jedoch nicht, indem man einfach den Nationalstaat auf die globale Ebene transponiert. Die progressive Linke hat sich in der Vergangenheit hauptsächlich mit den Problemen auseinandergesetzt, die aus der Arbeitsteilung, der Abkehr von der Selbstversorgung und dem Aufkommen ausge dehnter, unpersönlicher Geflechte gegenseitiger Abhängigkeiten entstanden sind, die ihrerseits ein enormes Wachstum von Wohlstand und Bevölkerung ermöglichten und gleichzeitig einen steten Wandel in der Struktur von Arbeitswelt, Dienstleistungen und Lebensweisen sowie den Einsatz moderner Wissenschaft zur stetigen Schaffung technischer Innovationen hervorbrachten.

Für den Aufbau neuer, transnationaler Regierungsformen sind zahlreiche neue Institutionen notwendig, die sich oft klar von den bestehenden Strukturen nationaler politischer Systeme unterscheiden werden. Es fällt zum Beispiel schwer, sich vorzustellen, dass politische Parteien auf dieser Ebene dieselbe Rolle spielen könnten wie bei der Herausbildung der einzelstaatlichen Demokratien. Hier müssen andere Mittel gefunden werden, um sicherzustellen, dass unterschiedliche Interessen und gesellschaftliche Gruppen angemessen vertreten sind, und auch hinsichtlich der Mitbestimmung des Einzelnen am politischen Prozess müssen neue Wege beschritten werden.

Es gilt, jedes Mittel zur Schaffung neuer öffentlicher Räume für eine globale Gesellschaft einzusetzen, denn nur diese kann die Netzwerke, Zusammen schlüsse, Interessenvertretungen und die öffentliche Diskussion liefern, durch die sich eine politische Kultur herausbildet, wie sie für die zukünftige globale politische Ordnung unabdingbar ist. Das Wichtigste innerhalb jeder progressiven Politik muss es sein, das politische Leben weiterhin als offenen Prozess der Entscheidungsfindung und des Abwägens verschiedener Möglichkeiten zu betrachten. Ihr Hauptfeind dagegen ist die Annahme, Ergebnisse seien bereits vorausbestimmt und alle Bemühungen zum Erhalt lebendiger Vertretungs- und Mitbestimmungsstrukturen auf sämtlichen Ebenen der globalen politischen Ordnung seien daher vergeblich. Wenn der Staat in Zukunft eine positive Rolle spielen soll, muss diese Sichtweise überwunden werden.

Professor Andrew Gamble ist Leiter des Instituts für Politikwissenschaft an der Cambridge University.

Anatol Lieven

Die jüngste Wirtschaftskrise hat die dogmatische Politik des freien Marktes geradezu hinweggefegt und selbst in den USA zu mehr staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft geführt, als dies noch vor wenigen Monaten vorstellbar gewesen wäre. Diese Interventionen waren bisher hauptsächlich auf die Rettung der westlichen Finanzsysteme gerichtet. Gleichzeitig eröffnen sie die Möglichkeit eines radikalen Umdenkens, was die Rolle des Staates betrifft.

Dessen erste Aufgabe wird selbstverständlich in der Bewältigung der wirtschaftlichen Rezession bestehen, um neben den Banken auch wichtige Industriesektoren vor dem Untergang zu bewahren. Im Lauf der nächsten Generation wird sich dies auch an die finanzielle Rettung einzelner Städte knüpfen. Mit am traurigsten ist in den USA derzeit der Anblick ehemals großartiger Wirtschaftszentren, auf die sich die Veränderungen innerhalb der amerikanischen und auch der globalen Wirtschaft verheerend ausgewirkt haben. Städte wie Buffalo oder Detroit haben sich in Geisterstädte verwandelt; alles jemals dort erwirtschaftete Geld wurde in einem endlosen Konsumtaumel verpulvert, und nichts Schönes, Nützliches oder Dauerhaftes ist zurückgeblieben. Es muss unbedingt verhindert werden, dass auch die historischen Städte Europas und Asiens diesem katastrophalen Muster folgen.

Zweitens wird der Staat stärkere Abwehrmaßnahmen gegen Terrorismus und illegale Einwanderung einführen müssen. Es geht nicht unbedingt darum, dass dies an sich tödliche Gefahren wären, sondern vielmehr darum, dass unter bestimmten Umständen die Kombination dieser beiden Tendenzen Reaktionen innerhalb der Bevölkerung hervorrufen könnte, die die westlichen Demokratien von innen heraus zerstören würden. Die USA unter George Bush haben eine erschreckende Vorschau auf ein solches Szenarium geboten.

Wenn wir uns auf eine lange Zeit der Rezession und wirtschaftlichen Stagnation einrichten müssen, dann können die heutigen illegalen Einwanderungsströme ganz einfach nicht mehr toleriert werden. Große Teile der Marinestreitkräfte Westeuropas sollten abkommandiert werden, um entlang der europäischen Mittelmeer- und Atlantikküsten zu patrouillieren. Das Projekt der Regierungen unter Bush und Blair, mit Gewalt Demokratie und Stabilität in die muslimischen Länder zu bringen, ist offensichtlich gescheitert und sollte aufgegeben werden. Wir sollten uns stattdessen darauf konzentrieren, unsere eigene Abwehr zu stärken. Auf längere Sicht werden mehr staatliche Eingriffe in den miteinander vernetzten Be-

reichen von Gesundheitsversorgung und Gentechnologie notwendig werden. Barack Obamas Versprechen, er werde das Gesundheitssystem der USA grundlegend reformieren, ist eindeutig der richtige Ansatz; zusätzlich kommt es nun darauf an, dass die europäischen Gesundheitssysteme gegen die Auswirkungen der Rezession geschützt werden. Für den Erhalt einer elementaren Solidarität der westlichen Gesellschaften untereinander ist dies unabdingbar. Allerdings können unsere Gesundheitssysteme nicht unbegrenzt die wachsenden Kosten übernehmen, die aus der Verlängerung des Lebens sehr alter und kranker Menschen entstehen. Hier stehen einige schwierige Entscheidungen zum Thema Generationengerechtigkeit und Solidarität an, und diese Entscheidungen kann allein der Staat treffen.

Verbunden damit ist das Thema der zukünftigen Rolle des Staates bei der Regulierung der Gentechnologie und der Nutzung einiger ihrer Vorzüge für die gesamte Bevölkerung. Lässt man auf diesem Gebiet dem Markt freie Hand, riskiert man nicht nur monströse Auswüchse, sondern auch das Aufkommen klassenbedingter Unterschiede bei Gesundheit und Lebensdauer, die nicht nur die Demokratie, sondern das gesamte Konzept einer »Gesellschaft für alle« ad absurdum führen.

Zum Schluss – und dies ist am wichtigsten, denn hier steht das Überleben der modernen marktwirtschaftlichen Demokratie und vielleicht sogar der modernen Lebenskultur an sich auf dem Spiel – muss sich der Staat wesentlich stärker im Kampf gegen den Klimawandel engagieren. Hierzu sind viel umfangreichere Investitionen in alternative Energietechnologien erforderlich, wobei Einkünfte durch starke Besteuerung des Individualverkehrs und emissionsreicher Branchen erzielbar sind. In der Praxis heißt dies, dass die heutigen Generationen ihren Verbrauch einschränken müssen – den zukünftigen Generationen und dem Fortbestehen des Staates zuliebe.

Es darf allerdings bezweifelt werden, ob die heutigen westlichen Gesellschaften zu solch selbst auferlegten Einschränkungen überhaupt in der Lage sind. Andererseits zwingt vielleicht die aktuelle Wirtschaftskrise bereits heute viele Menschen zur Abkehr vom übertriebenen Konsumverhalten der letzten beiden Generationen und bereitet so den Weg für neue, heilsamere kulturelle und moralische Leitvorstellungen.

David Marquand

Eines ist sicher: Die gegenwärtige Krise kann ohne eine massive Ausweitung der Rolle und Eingriffssphäre der öffentlichen Hand nicht bewältigt werden, da ihr Ursprung hauptsächlich in der laxen und inkompetenten staatlichen Regulierung privater Wirtschaftsmacht zu sehen ist. Dies wiederum geht auf eine hochgradig gefährliche Wirtschaftsphilosophie zurück, bei der davon ausgegangen wird, dass ein Versagen der Regierung häufiger auftritt und mehr Schaden anrichtet als ein Versagen des Marktes, dass die Marktkräfte stets intelligenter und rationaler wirken als Regierungen, und dass durch die unsichtbare Hand des Marktes in jedem Falle das bestmögliche Ergebnis für die Gesellschaft insgesamt erzielt werden kann, wenn private Marktakteure ihre Eigeninteressen ohne staatliche Eingriffe verfolgen können.

Nach dem Niedergang des Kommunismus ging diese Philosophie in die gängige Lehrmeinung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Steuerorgane der Weltwirtschaft wie IWF und Weltbank und, in geringerer Ausprägung, auch der meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein. Allzu deutlich wurde uns nun jedoch vor Augen geführt, dass all dem ein fataler Fehler innewohnt: Wie bereits Keynes vor mehr als siebzig Jahren aufzeigte, werden unregulierte Finanzmärkte weniger von den Gesetzen der Vernunft als vielmehr von höchst irrationalen Herdentrieben gesteuert, weshalb die Bildung von Blasen, die früher oder später zerplatzen müssen, geradezu vorprogrammiert ist. Wenn eine solche Blase in sich zusammenfällt und keine staatlichen Gegenmaßnahmen getroffen werden, so wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die gesamte Konjunktur in Mitleidenschaft gezogen.

Demzufolge ist ein Handeln der Staatsmacht gefordert, was im Übrigen für gute und schlechte Zeiten gilt, worauf Keynes ebenfalls hingewiesen hatte. In den vergangenen zwanzig Jahren ist der Gedanke der »Planwirtschaft« jedoch so sehr in Ungnade gefallen, dass er nun nichts weiter als eine verblassende Erinnerung zu sein scheint. Nun ist es an der Zeit, solche Überlegungen wieder ins politische Rampenlicht zu rücken, und dies nicht nur zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise, sondern auch noch darüber hinaus. Wem jedoch kommt die Aufgabe des planenden Eingreifens zu? In welcher Form soll die öffentliche Hand wirken? Zu Keynes' Zeiten lagen die Antworten auf diese Fragen auf der Hand: Die Planung der Wirtschaft kam dem Staat zu, denn der Staat galt als sichtbare Verkörperung der öffentlichen Hand.

Für Europa würde dies jedoch meines Erachtens ein allzu sehr vereinfachtes Rezept darstellen, das sich als

nicht weniger gefährlich herausstellen könnte als der für die derzeitige Misere verantwortliche Marktfundamentalismus. Die kleinen und mittelgroßen Länder Europas wären aufgrund ihrer geringen Größe, Instabilität und auch wegen ihrer Unterschiedlichkeit mit dieser Aufgabe überfordert. Gerade hat die britische Regierung massive Steueranreize auf den Weg gebracht, um zu verhindern, dass sich der gegenwärtige Abschwung in eine echte Weltwirtschaftskrise im Stil der 1930er Jahre ausweitet. Diese Maßnahme war zweifellos richtig. Es bestehen allerdings durchaus noch enorme Risiken, darunter insbesondere die Gefahr einer Vertrauenskrise sowie eines Sturzflugs des britischen Pfunds, der dazu führen würde, dass die Regierung nicht mehr genügend Anleihen aufnehmen kann, um die angestrebten Anreize zu finanzieren. In dieser Situation bietet es sich für Großbritannien geradezu an, der Eurozone beizutreten, und wenngleich dies mittelfristig höchst unwahrscheinlich ist, will ich es nicht ausschließen.

Ungeachtet der künftigen Entwicklung Großbritanniens bringt die Krise jedoch einen fatalen Missstand der Eurozone ans Tageslicht: Die Europäisierung der Währungspolitik wurde vorangetrieben, während die Fiskalpolitik weiterhin den nationalen Regierungen überlassen blieb. Dies war von Anfang an riskant; solange jedoch die Konjunktur munter nach oben kletterte, schien alles in bester Ordnung zu sein. Nun ist die Problematik einer solchen Vorgehensweise nicht mehr von der Hand zu weisen. Die Eurozone in ihrer derzeitigen Gestaltung greift schlicht zu kurz. Staatliche Macht muss auf nationaler Ebene reduziert und gleichzeitig auf europäischer Ebene ausgeweitet werden. Aus dieser Perspektive sind Begrifflichkeiten wie »staatlich« und »nicht-staatlich« dann eher verschleiern als erhellend.

Professor David Marquand ist ehemaliger Abgeordneter der Labour Party und Leiter des Mansfield College (Universität Oxford). Zudem war er als Chefberater des früheren Präsidenten der Europäischen Kommission, Roy Jenkins, tätig.

Thomas Meyer

Kaum ein zweiter politischer Grundbegriff ist in solchem Maße politisch instrumentalisiert, ideologisch gefleddert und zudem noch zur jederzeit leicht verfügbaren Spielmarke politischer Heuchelei geworden, wie der des Staates. Dabei ist die Sache ganz einfach. Die Erfahrung des 20. Jahrhunderts und die empirischen Forschungsergebnisse der modernen Regierungslehre gebieten gleichermaßen, bei der Steuerung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen ein Höchstmaß an Pragmatismus walten zu lassen, der dem Markt, der Zivilgesellschaft und dem Staat mit ihren jeweiligen höchst verschiedenartigen Steuerungsressourcen des Geldes, der Solidarität und der Macht diejenigen Steuerungsleistungen überlässt, die sie am besten beherrschen. Der Staat jedoch muss aus einem absolut zwingenden Grund die Gewährleistungsverpflichtung für das Ganze der gesellschaftlichen Regulierungsaufgaben übernehmen, weil er nämlich allein in der Lage ist, Rechte zu gewährleisten.

Unter Demokraten, ob Bürger, Politiker, Publizisten oder Sozialwissenschaftler, zweifelt niemand daran, dass die Gewährleistung der Grundrechte für jede Bürgerin und jeden Bürger eine Kernaufgabe ist, die der Staat in der modernen Gesellschaft niemals preisgeben und auch nicht anderen überlassen darf, allein schon deswegen, weil kein anderer Akteur dazu in der Lage wäre. Nun sind aber nach geltendem Völkerrecht und ebenso nach der Grundrechtserklärung der Europäischen Union fünf Kategorien von Grundrechten für jede Bürgerin und für jeden Bürger gültiger Rechtsanspruch: Die Bürgerlichen, die Politischen, die Kulturellen, die Sozialen und die Wirtschaftlichen.

Es geht also nicht nur um die Garantie von Meinungs- und Religionsfreiheit, Rede- und Versammlungsfreiheit sowie die demokratische Mitwirkung an der Bildung und Kontrolle der eigenen Regierung, sondern gleichermaßen um Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung, das Recht auf Arbeit und faire Arbeitsbedingungen sowie die Pflege und den Ausdruck der eigenen Kultur und Sprache. Das alles muss der Staat der modernen Gesellschaft gewährleisten, ohne es selber leisten zu müssen. Bei der Organisation der Leistungserbringung all dieser Aufgaben ist er frei. Hier ist der große Raum für den Wettstreit der Ideen, Akteure und Parteien. Bei der Gewährleistung dieser Rechte für jede Bürgerin und jeden Bürger ist der Staat gebunden, nämlich an die gültigen Grundrechte und damit an verbindliche Bedingungen seiner eigenen Legitimität. Er darf sie weder ignorieren noch delegieren.

Es ist also keine Frage unterschiedlicher politischer Meinungen oder ideologischer Vorlieben, sondern eine unhintergehbare Verpflichtung aus universalistischen Grundrechten, dass der moderne Staat als Rechtsstaat und partizipative Demokratie unter anderem universelle soziale Sicherungsleistungen und die Gesamtverantwortung für eine grundrechtsgemäße Struktur und Entwicklung der Volkswirtschaft innehat. Die sozialstaatliche und regulative Einbettung der Märkte, besonders der immer mehr zum Schlüssel für die Gesamtwirtschaft werdenden Finanzmärkte, gehören darum zu den staatlichen Kernaufgaben, die nicht zur Diskussion stehen können.

Selbstverständlich ist es eine Frage der Erfahrung und der Klugheit, auf welchem Wege der moderne Staat das tut, welche Kombinationen von Delegation und Eigenleistung er dabei findet und selbstverständlich wissen wir, dass die ideologische Maxime, nach der der Staat seine Gewährleistungsverantwortung am besten gerecht würde, wenn er alles selber leistet, historisch in spektakulärer Eindeutigkeit widerlegt ist. Das verpflichtet die Handelnden und die Wissenschaft zur offenen und kreativen Suche nach den besten Mitteln zum vorgegebenen Zweck. Es darf aber nicht davon ablenken, dass der Zweck selber, die staatlichen Gewährleistungspflichten aus Grundrechten, nicht zur Disposition stehen kann. Soviel Markt und soviel Zivilgesellschaft wie möglich. Wieviel Staat aber nötig ist, um die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, ist eine Entscheidung, die nur der Staat allein verantworten kann: nämlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Donald Sassoon

Das Problematische an einer solch allgemeinen Frage ist die gezwungenermaßen allgemeine Antwort, die darauf zu geben ist. Es wird von einem abstrakten Staat mit festgelegten Funktionen ausgegangen, der auf bestimmte Anreize reagiert und eine Reihe von Machtbefugnissen ausübt. Diese Frage setzt die Möglichkeit einer allgemeinen Staatstheorie voraus. Meiner Meinung nach ist diese Herangehensweise, mit der sich die Denker über viele Jahrhunderte hinweg beschäftigt haben, inzwischen überholt. Es wird niemals eine Staatstheorie geben, die sowohl für Luxemburg als auch die Vereinigten Staaten, für China, die Republik Kongo, Paraguay und den Libanon zutreffend ist, es sei denn, sie ist so allgemein wie möglich gefasst.

Natürlich können wir die Funktionen des Staates nacheinander aufzählen: Aufsicht über die Wirtschaft durch Besteuerung und Ausgaben, Wahrung von Recht und Ordnung, Garantie der Sicherheit vor externen Bedrohungen, Regulierung der Märkte, Bereitstellung öffentlicher Dienste, Verhandlungen mit anderen Staaten usw. Eine solche Übung führt allerdings nicht weit, da die bestehenden souveränen Staaten über sehr unterschiedliche Kräfte verfügen und auf ganz unterschiedliche Art und Weise in das weltweite System eingeflochten sind.

Noch komplizierter wird die Lage durch die zahlreichen regionalen und bilateralen Abkommen, ob sie nun formell (z.B. die Europäische Union) oder informell sind (darunter die so genannten besonderen Beziehungen, durch die einige Länder, wie Großbritannien und Israel, mit den USA verbunden sind). Obgleich diese Abkommen die Souveränität formell einschränken und bisweilen intern umstritten sind, ermöglichen sie häufig eine Ausweitung der Funktionen und Leistungsfähigkeit des Staates. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von hauptsächlich (jedoch nicht ausschließlich) wirtschaftlichen Beziehungen, die einem steten Wandel unterliegen und unter dem Oberbegriff »Globalisierung« zusammengefasst werden können.

Im Laufe des letzten Jahrhunderts konnten alle Staaten ihre Funktionen in jeglicher Hinsicht ausdehnen. Von dieser Entwicklung blieb nur wenig unberührt. Innerhalb der gegenwärtigen politischen Debatte wird, gerade weil sie sich so stark darum dreht, was der Staat tun oder lassen sollte, weitgehend davon ausgegangen, dass der Staat potenziell alles tun kann, was er will; vor allem, wenn die Mehrheit der Bevölkerung dahinter steht. Er übernimmt die Steuerung des Marktes durch Entscheidungen über Käufe, Verkäufe sowie die Festlegung von Eigentumsrech-

ten. Er kontrolliert das Privatleben, indem festgelegt ist, wen wir heiraten können, wie schnell wir fahren dürfen, wie unsere Kinder erzogen werden sollten, wo geraucht werden darf, welche Reiseziele in Frage kommen, was wir lesen dürfen usw. Die Grenzen seiner Macht werden von der Stimmung in der Bevölkerung (dem Ausmaß des für die Menschen Erträglichen), von den für den Staat verfügbaren Ressourcen, den Fähigkeiten seiner Bediensteten sowie von einem komplexen Zusammenspiel äußerer Notwendigkeiten bestimmt.

Vor diesem Hintergrund ist eine abstrakt geführte Diskussion über die künftige Rolle des Staates ein sinnloses Unterfangen. Was der eine oder andere Staat tun sollte und was Staaten gemeinsam angehen sollten, ist im Gegenteil die Kernfrage der Politik. Anders als gemeinhin angenommen war die Zeit seit den 1980er Jahren nicht durch einen Rückzug des Staates, die so genannte neoliberale Reagan-Thatcher-Revolution, geprägt. Zu keinem Zeitpunkt haben die offiziellen Verfechter des minimalistischen Staates (gemeint sind die politischen Parteien, die diese Haltung vertraten und nicht die Ideologen, die sich am Rande lautstark Gehör zu verschaffen suchten) die zentrale Rolle des Nationalstaats für die Wirtschaft geleugnet. Sie waren schlichtweg der Ansicht, ein niedriges Maß an Regulierung sei einem hohem vorzuziehen. Die gegenwärtige Lage legt das Scheitern dieser Argumentation nahe.

Jetzt ist es an der Zeit, die Debatte auf eine neue Ebene zu verlagern und sich mit der Schaffung eines internationalen Regulierungssystems zu befassen. Dies wird jedoch nicht geschehen, da die Staaten so verschiedenartig sind und jedes internationale System um die einzelstaatlichen Hegemonialinteressen herumgestrickt werden müsste. In Ermangelung einer echten internationalen Hegemonialmacht wird keine Einigung möglich sein, zumal derzeit davon ausgegangen wird, dass die USA ihre Vorherrschaft, die sie in den dreißig Jahren nach Bretton Woods innehatten, nicht wiederherstellen können. Die gegenwärtige Krise hatte noch nicht einmal eine gemeinsame Politik der Europäischen Union zur Folge. Die Staaten werden weiterhin ihre angestammten Rollen spielen und ihre Volkswirtschaften auf mehr oder weniger abgestimmte Weise notdürftig wieder zum Laufen bringen. Zu erwarten bleibt die Sackgasse einer teilweise globalisierten Wirtschaft und die Ausweitung nationaler Regulierungsbestrebungen; es wird also auch weiterhin Anarchie herrschen.

Donald Sassoon
ist Professor für vergleichende europäische Geschichte am Queen Mary College der University of London.

Gesine Schwan

Lange totgesagt, war er plötzlich wieder da: Vater Staat erlebte mit dem Überschwappen der Finanzkrise auf Europa im Herbst 2008 eine ungeahnte Renaissance. Überall auf dem Kontinent riefen Banken und bald auch Firmen aus der Realwirtschaft nach staatlicher Hilfe, forderten Politiker, Experten und zunehmend auch die Bürgerinnen und Bürger die straffe Reglementierung der Finanzmärkte durch den Staat.

Der Staat sprang dann auch nolens volens ein – mit gigantischen Garantiesummen, Konjunkturprogrammen und Geldspritzen für notleidende Banken und Unternehmen. Das entschlossene Handeln, das – auch wenn es Nuancen gab – in allen europäischen Hauptstädten gezeigt wurde, fand allgemein Beifall. Der Staat war wieder da, einfach deswegen, weil er der einzige war, der den Zusammenbruch des Systems abwenden konnte.

Die allgemeine Hochachtung für das entschlossene staatliche Handeln ist allerdings nicht frei von kritischen Untertönen und Gefahren. Ich möchte drei Aspekte herausheben, die – wie es mir scheint – Einfluss auf die zukünftige Ausgestaltung staatlichen Handelns haben sollten:

1. Die ungeheuer hohen Bürgschaften, Subventionen und Konjunkturprogramme konterkarieren die Bemühungen um Haushaltssanierung in Europa und gefährden die Arbeit fast eines ganzen Jahrzehnts. Zwar stimmt der Satz von Franz Müntefering, dass in Deutschland der Staat nicht arm ist, aber ein Schuldenproblem hat er schon. Wenn der Staat sich in der Krise allzu bereitwillig von denjenigen als Reparaturbetrieb in Beschlag nehmen lässt, die ihn jahrelang als ineffizient und überteuert gescholten haben, droht die Gefahr einer self-fulfilling prophecy: der Staat gerät an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Und das nicht, weil er selbst seine Mittel und Möglichkeiten überschätzt hat, sondern weil er für andere einspringen muss, die ihn immer als unfähig und überfordert dargestellt haben. Langfristig könnte dies seine Legitimation untergraben.
2. Zudem sehe ich die Gefahr, dass im Zuge des Wiedererstarkens des Staates die stets fragile Balance von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft durcheinandergewirbelt wird. Wir wünschen uns in Europa zwar einen starken Staat, aber keinen, der die Gesellschaft erdrückt und die Wirtschaft stranguliert. Das produktive Spannungsverhältnis zwischen den wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Akteuren – noch dazu, wenn es in ein komplexes Mehrebenen-System eingebettet ist – kann durch Machtverschiebungen hin zum Staat nach-

haltig Schlageseite bekommen und so negative Konsequenzen zeitigen. Wir wollen eine freie Wirtschaft in einem marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen und eine freie, lebendige Zivilgesellschaft. Staatliche Interventionen in diesen Bereichen können wir nur kurzzeitig und für die Dauer einer existentiellen Krise dulden. Andernfalls begehen wir einen ordnungspolitischen Sündenfall und beschädigen die Demokratie.

3. Vor allem aber birgt die Renaissance des Staates, der uns in der momentanen Krise als zwar europäisch und international eingebetteter, im Endeffekt aber klassisch nationalstaatlich handelnder Akteur begegnet, die Gefahr, dass wir die notwendige Weiterentwicklung staatlichen Handelns hin zu internationalen Aushandlungsmechanismen, wie sie in der global governance zum Ausdruck kommen, verschleppen. Eine solche Weiter-Tradierung des zunehmend überkommenen Nationalstaats aus der falschen Wahrnehmung heraus, dass er doch ein guter Garant gegen Krisen aller Art sei, würde uns in unserem Bemühen um die Weiterentwicklung von governance um Jahre zurückwerfen und damit kostbare Zeit verschwenden, die wir für den Aufbau einer neuen Weltordnung so dringend brauchen.

Vielleicht erleben wir gerade zum letzten Mal, dass die alten Nationalstaaten in keynesianischer Tradition in die Wirtschaft eingreifen. Keine Frage: diese Interventionen sind notwendig. Und dass Keynes wieder in aller Munde ist, begrüße ich ausdrücklich. Doch trotzdem sollten wir im Bewusstsein behalten, dass wir gerade ein Instrumentarium anwenden, das vielleicht schon in einigen Jahren vollkommen unbrauchbar sein wird. Wenn wir nicht vergessen, dass auch staatliches Handeln stets auf der Höhe der aktuellen Herausforderungen sein muss, dann ist diese Erkenntnis vielleicht die Chance, die in der Krise liegt.

Wolfgang Thierse

In ihrem Hamburger Grundsatzprogramm aus dem Jahre 2007 hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Zukunftsaufgaben des Staates klar umrissen: Der demokratische Staat ist die politische Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger. Eine lebendige Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anspornen, entlasten und ergänzen; ersetzen kann sie es nicht. Ohne eine vitale, wache Zivilgesellschaft ist der demokratische Staat in seiner Substanz gefährdet. Beide bleiben wechselseitig aufeinander angewiesen, brauchen einander.

Der Staat wird auch künftig hoheitliche Aufgaben wahrnehmen müssen – nach innen wie nach außen. Er ist dazu da, Recht und verbindliche Regeln zu setzen und durchzusetzen. Als demokratischer Rechtsstaat unterwirft er jegliche Gewalt, auch die eigene, dem Recht. Genau dies legitimiert ja sein Gewaltmonopol, das es zu verteidigen gilt.

Der Sozialstaat, die größte europäische Kulturleistung, unterscheidet unseren Kontinent mehr als alles andere von den anderen Kontinenten. Dieser Sozialstaat ist die organisierte Solidarität zwischen Starken und Schwachen, Jungen und Alten, Kranken und Gesunden, Arbeitnehmern und Erwerbslosen. Er ist und bleibt entscheidende Grundlage für die wirtschaftliche Dynamik, die unseren Wohlstand schafft.

Das Wesen dieses Sozialstaates wird die Sozialdemokratie auch in Zukunft verteidigen. Es besteht darin, dass er den Schwachen, den Hilfsbedürftigen von einem Objekt gewiss löblicher Hilfsbereitschaft und Caritas zu einem Subjekt von Rechtsansprüchen macht und damit seine Würde wahrt – soweit Politik und Staat das überhaupt tun können.

Eine humane Gesellschaft ist nur möglich, wenn öffentliche Güter ausreichend und in großer Vielfalt bereitgestellt werden. Dies schafft und festigt den kulturellen wie sozialen Zusammenhalt, der für eine vitale Demokratie unverzichtbar ist und stützt das Kooperationsgefüge der Bürgerschaft. Öffentliche Güter erfordern und fördern einen demokratischen Grundkonsens, von dem aus über ihren Erhalt und die Kriterien ihrer Bereitstellung entschieden wird.

Der Reichtum kultureller, sozialer und demokratischer Güter macht die Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden aus. Ungebremste Privatisierung und Kommerzialisierung allerdings zerstören öffentliche Räume und damit urbane Qualität. Öffentliche Schulen und Universitäten, Museen, Theater, Volkshochschulen und Stadtbibliotheken sind Güter, an denen alle Bürgerinnen und Bürger ein gemeinsames Interesse haben. Der Staat wird auch künftig nicht zustän-

dig sein für »Wahrheiten«, weder für philosophische, religiöse noch historische, wohl aber für die Bedingungen der Wahrheitsfindung. Der Staat muss und kann nicht alles selbst leisten. Aber er trägt Verantwortung für die Strukturen des Erhalts und der Entfaltung öffentlicher Güter und dafür, dass sie allen Mitgliedern der Gesellschaft zur Verfügung stehen!

Polly Toynbee

Plötzlich heißt es: Nur der Staat kann uns noch retten. Und fast alle Welt stimmt zu. In welchem krassen Widerspruch steht dieser Gedanke zu der politischen Stimmung, die in Großbritannien die letzten Jahre herrschte. Bis zu dem Tag, als Lehman Brothers abstürzte und die Welt aus den Fugen geriet, galt das »big government« zunehmend als unmodern und das Konzept des starken Zentralstaates wurde von allen Seiten angegriffen.

Meinungsumfragen zeigten, dass eine starke Einflussnahme der Regierung nicht gewünscht wurde und mit jeder Wahl ging die Wahlbeteiligung weiter zurück: 2005 lag diese nur noch bei 61%. Infolgedessen mühten sich alle Parteien um alternative Lösungen. Sie setzten auf eine Politik zugunsten der Kommunen und übertrafen sich gegenseitig mit ihren Versprechungen, den lokalen Kommunen wieder eigene Entscheidungsgewalt zu gewähren. Labour war dabei ebenso bestrebt wie alle anderen, nicht etwa als Partei eines monolithischen Zentralstaates abgestempelt zu werden. Die Konservativen punkteten mit der Behauptung, Labour habe die Größe der Regierung durch zu hohe Kredite und zu hohe Ausgaben anschwellen lassen, ohne jedoch mit ausreichend Verbesserungen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen aufwarten zu können.

Gleichzeitig rief David Cameron nach mehr Deregulierung in der Finanz- und Geschäftswelt. Ein Ausschuss der Partei verlangte gar das Ende der Hypothekenregulierung. Labour ging in die Defensive und versprach gegen Bürokratismus und Geschäftseinschränkungen ins Feld zu ziehen. Damit wollte die Partei beweisen, dass auch sie Verfechter einer zurückhaltenden Wirtschaftspolitik sei.

In der Zwischenzeit war ein weiteres Schlachtfeld eröffnet worden: Rechts- und linkslibertäre Stimmen attackierten die Regierung wegen ihrer Einmischung in die Privatsphäre und Freiheiten der Bürger im Stile von Big Brother. Die Pläne der Labour-Partei, den Personalausweis einzuführen und der Polizei das Festhalten von Terrorverdächtigen für 42 Tage ohne Gerichtsverhandlung zu erlauben, wie auch der großflächige Einsatz von Überwachungskameras an öffentlichen Orten wurden von Verschwörungstheoretikern als bössartige Einschnitte in althergebrachte bürgerliche Freiheiten angesehen.

Nun haben die Kreditklemme und die Aussicht auf eine längere Konjunkturkrise alles verändert. Die Regierung leiht sich Milliarden, um die Banken zu retten, die sich früher über staatliche Regulierung beschwert haben. Kleine wie große Unternehmen betteln um staatliche Finanzspritzen. Sie sind darauf angewiesen,

dass die Regierung eingreift und Banken zur Vergabe günstiger Kredite verpflichtet. Immobilienbesitzer müssen gerettet werden, bevor ihre Häuser gepfändet werden. Allein der Staat kann neue Arbeitsplätze in grünen Industrien schaffen, um die Zahl der Arbeitslosen zu verringern.

Für die Labour-Partei hat sich das Blatt durch die Krise zum Guten gewendet; die öffentliche Meinung unterstützt das starke Eingreifen des Staates. Die Konservativen haben sich fest auf der Laissez faire-Seite der Diskussion positioniert. Sie setzen darauf, dass wir nie erfahren werden, wie sehr die Rezession durch die massive Kreditaufnahme der Labour-Partei entschärft wurde, aber schmerzlich zu spüren bekommen, wenn das Geld mithilfe höherer Steuern zurückgezahlt werden muss. Wenn auf das große Geldausgeben der Kater folgt, wird sich nach Ansicht der Konservativen das »small government« wieder ihrer früheren Beliebtheit erfreuen.

Doch auch andere dringende globale Probleme verlangen ein starkes Eingreifen der Regierung. Ganz oben auf der Liste steht dabei der Klimawandel: Jedes Land muss seine Kohlendioxid-Emissionen kontrollieren. Diese Aufgabe verlangt eine zunehmend strengere staatliche Kontrolle von Unternehmen und Privatpersonen. Die große Frage ist, ob die Demokratien stark genug sind, jene Emissionskontrollen durchzusetzen, die zur Rettung des Planeten nötig sind. Sollten die Anhänger von Minimalpolitik und Deregulierung den Sieg davon tragen, gibt es keine Hoffnung mehr: wir werden alle verglühen.

Wenn Obama ins Weiße Haus einzieht, laufen die Konservativen Gefahr, durch ihren Einsatz für minimalen staatlichen Einfluss vor dem Hintergrund der neuen Stimmung des restlichen Westens immer mehr aus der Reihe zu tanzen. Der neue Präsident nimmt dem Konzept der starken Regierung seine Bedrohlichkeit, wohingegen George Bushs Verherrlichung der marktwirtschaftlichen Freiheit wie ein krimineller Fehltritt erscheint. Diese große ideologische Schlacht wird in Großbritannien auf dem Feld der praktischen Politik geführt. Und es geht um viel, sowohl für die politischen Parteien, als auch für die zukünftige Regierung des Landes. Die EU muss sich der gleichen Herausforderung stellen. Kann sie sich auf so produktive Weise entwickeln und zusammenraufen, dass wirksames Regieren möglich ist, oder wird die doppelte Herausforderung von Wirtschaftskrise und Klimakatastrophe ihre politische Schwäche bloßstellen, weil jeder Staat versucht, zuerst die eigene Haut zu retten?



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
D-10785 Berlin

www.fes.de/ipa
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-86872-034-1

Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Nora Neye
D-10785 Berlin

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (30) 2 69 35-92 48

Alle Texte sind online verfügbar:

www.fes.de/ipa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.